

PRESSEMITTEILUNG

Regulierung der Zeitarbeit

Geringqualifizierte in Gefahr

Über viele Jahre boomte die Zeitarbeit. Doch das verhaltene Wirtschaftswachstum und die zunehmende Regulierung setzen der Branche in letzter Zeit zu. Jetzt plant die Große Koalition weitere Eingriffe. Für geringqualifizierte Zeitarbeitskräfte kann das fatale Auswirkungen haben, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.

Die Bundesregierung will gesetzlich festlegen, dass Zeitarbeitnehmer spätestens nach neun Monaten den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbesellschaft. Das hätte große Auswirkungen auf die Personalpolitik der deutschen Unternehmen: Während viele Facharbeiter trotz dieser Regulierung weiter beschäftigt oder sogar übernommen würden, sähe das bei den häufig geringqualifizierten Hilfskräften, die rund die Hälfte der Zeitarbeitnehmer ausmachen, anders aus: Die meisten Unternehmen würden vor Ablauf der neun Monate andere Zeitarbeitnehmer anfordern. Das ergab eine Befragung im Rahmen des IW-Personalpanels 2014 unter 402 Unternehmen, die Zeitarbeit nutzen.


Auch die geplante Begrenzung der Überlassungsdauer auf 18 Monate würde lediglich die Fluktuation erhöhen, denn die Unternehmen würden dann nach 18 Monaten neue Zeitarbeitnehmer anfordern, ergibt die Umfrage. Sollte dies nicht möglich sein, zieht knapp ein Drittel der befragten Unternehmen in Erwägung, die Tätigkeit an Fremdfirmen auszulagern. Die Zeitarbeitnehmer profitieren von den Regulierungen kaum. Insbesondere bei Spezialisten wie Ingenieuren oder IT-Fachleuten, die für Projekte oder Produktentwicklungen überlassen werden, wäre eine Begrenzung der Überlassungsdauer problematisch. Aber auch Elternzeitvertretungen dauern mitunter länger als 18 Monate.

Durch die geplanten Neuerungen verlieren ausgerechnet geringqualifizierte Arbeitnehmer die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum von Zuschlagstarifen zu profitieren, die bis zu 50 Prozent des Lohns betragen können. „Zudem haben sie weniger Chancen, betriebsspezifische Kenntnisse zu sammeln und sich so für eine Übernahme zu empfehlen“, kritisiert IW-Arbeitsmarktökonom Holger Schäfer.

Holger Schäfer: "Die Zukunft der Zeitarbeit zwischen Re-Regulierung und qualitativer Weiterentwicklung", in: [IW-Trends 1/2015](#)

Ansprechpartner im IW: Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

Per Gesetz gegen Wachstum

Zeitarbeit. Das Beschäftigungswachstum der Zeitarbeitsbranche legt schon seit Jahren eine Pause ein. Ein Grund dafür ist die zunehmende Regulierung. Die aktuellen Pläne der Großen Koalition bedrohen nicht nur die Branche selbst, sondern auch die Funktionsfähigkeit des gesamten Arbeitsmarktes. 

Die Beschäftigung in der Zeitarbeit ist über viele Jahre stärker gewachsen als in anderen Branchen. Insbesondere die Deregulierungen durch das Hartz-I-Gesetz 2003 haben der Zeitarbeit gutgetan. Weil die Nachfrage nach Zeitarbeitern stark von der Konjunktur abhängt, gab es

im Krisenjahr 2009 zwar einen Dämpfer. Doch der Verlust von rund 135.000 Stellen konnte schon im nächsten Jahr wieder ausgeglichen werden. Seit 2011 geht die Beschäftigtenzahl jedoch zurück (Grafik Seite 2). Neben dem schwachen Wirtschaftswachstum könnte der

Grund dafür auch in der zunehmenden Regulierung liegen:

- Seit 2011 muss Zeitarbeit „vorübergehend“ sein. Was das konkret heißt, haben jedoch weder der Gesetzgeber noch die Rechtsprechung eindeutig formuliert – diese Unsicherheit lähmt Kunden und Zeitarbeitsunternehmen gleichermaßen.
- Im selben Jahr ermöglichte der Gesetzgeber speziell für die Zeitarbeitsbranche Mindestlohntarifverträge – und die können für allgemeinverbindlich erklärt werden.
- Auf Druck des Arbeitsministeriums schlossen die Tarifpartner 2012 und 2013 Ergänzungstarifverträge ab. Demnach bekommen Zeitarbeiter nach Einsatzzeiten gestaffelte Zuschläge von bis zu 50 Prozent.

Diese tarifliche Lösung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ reicht der Bundesregierung jedoch nicht aus. Sie will gesetzlich festlegen, dass Zeitarbeitnehmer nach einer Frist von neun Monaten denselben Lohn wie vergleichbare Beschäftigte erhalten müssen, ohne dass ein Tarifvertrag Abwei- →

Zeitarbeit: Helfer ziehen den Kürzeren

Wenn Zeitarbeitnehmer künftig nach neun Monaten denselben Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten und sich Zeitarbeit dadurch verteuert, dann würden so viel Prozent der Unternehmen, in denen Zeitarbeiter eingesetzt werden, wie folgt reagieren

	FACHKRÄFTE	HELFER
Andere Zeitarbeitnehmer anfordern	34,1	47,8
Zeitarbeitnehmer weiter einsetzen	45,9	33,9
Funktion auslagern oder aufgeben	32,1	29,3
Andere Mitarbeiter einstellen	37,3	27,4
Zeitarbeitnehmer übernehmen	41,7	26,2
Betrifft uns nicht	13,5	16,2

Mehrfachnennungen; Unternehmen: mit Beschäftigtenzahl gewichteter Anteil der Zeitarbeit nutzenden Unternehmen; Befragung von 402 Unternehmen, die Zeitarbeiter einsetzen, im Jahr 2014
Quelle: IW-Personalpanel

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 13

Inhalt

Geldpolitik. Obwohl die Europäische Zentralbank seit 2007 sehr viel Geld in den Markt pumpt, sinkt das Kreditvolumen der Unternehmen.
Seite 3

Drei-Länder-Reformbarometer. Weder Deutschland noch Österreich oder die Schweiz haben 2014 eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik gemacht.
Seite 4-5

Wohngeld. Da der staatliche Zuschuss zum Wohnen für einkommensschwache Haushalte schon lange nicht mehr angehoben wurde, gibt es ab 2016 mehr Geld.
Seite 6-7

Fahrradindustrie. Für die deutschen Hersteller von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen war 2014 ein schwieriges Jahr: Der Umsatz der Branche sank um 7 Prozent auf 860 Millionen Euro.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ chendes bestimmen kann. Dieses gesetzliche „Equal Pay“ ist nicht nur weniger differenziert als die tarifliche Lösung, sondern torpediert auch die Tarifautonomie.

Fraglich ist zudem, ob den Zeitarbeitnehmern damit geholfen wäre. Eine Befragung im Rahmen des IW-Personalpanels im Jahr 2014 ergab zwar, dass die meisten Unternehmen ihre zeitarbeitenden Facharbeiter trotz höherer Vergütung weiter beschäftigen oder teilweise sogar übernehmen würden.

Bei den Helfern, die rund die Hälfte der Zeitarbeitnehmer stellen, sieht die Sache jedoch ganz anders aus (Grafik Seite 1):

Fast die Hälfte der Unternehmen würde ihre zeitarbeitenden Helfer vor Ablauf der Neunmonatsfrist durch andere Zeitarbeitnehmer ersetzen. Und 30 Prozent der Betriebe würden die Aufgabenbereiche dieser Zeitarbeiter auslagern oder gar aufgeben.

Damit würde diesen Mitarbeitern die Möglichkeit genommen, über einen längeren Zeitraum von Zu-

schlagstarifen zu profitieren. Außerdem würden sich ihre Chancen verringern, betriebspezifische Kenntnisse zu sammeln und sich so für eine Übernahme zu empfehlen.

Die Große Koalition will sogar noch einen draufsetzen und die maximale Dauer, für die ein Zeitarbeitnehmer in einem Unternehmen eingesetzt werden darf, auf 18 Monate begrenzen.

Dieser Plan erstaunt, denn die Begründung, mit der die rot-grüne Bundesregierung 2003 die zeitliche Befristung abgeschafft hat, war logisch: Solch eine Regelung sei überflüssig, schließlich habe der Gesetzgeber das „Equal Treatment“ eingeführt. Damit war und ist gemeint, dass Zeitarbeiter – sofern tarifvertraglich nichts anders vereinbart wird – in Deutschland dieselben Arbeitsbedingungen haben müssen wie die Stammbeslegschaft des Betriebs, in dem sie eingesetzt werden.

Zwar werden die meisten Zeitarbeitnehmer ohnehin nur kurzfristig eingesetzt, aber immerhin bis zu 20

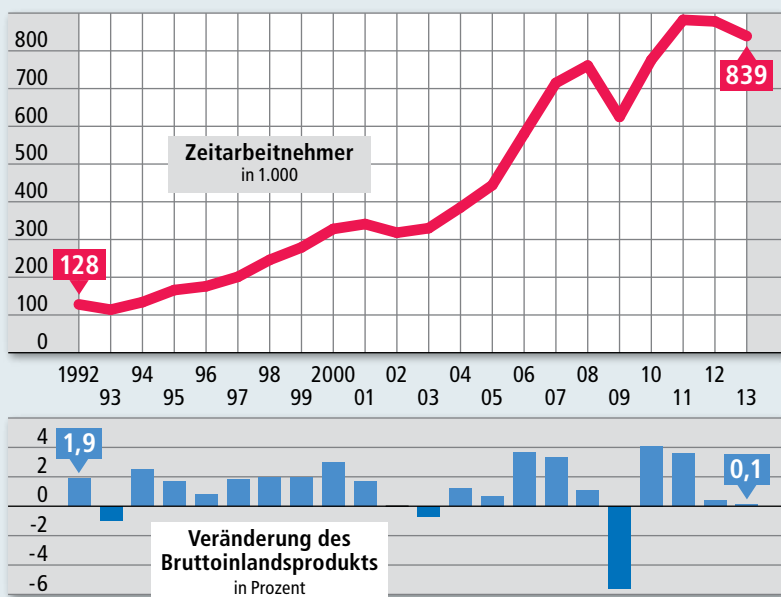
Prozent von ihnen sind länger im Kundenbetrieb beschäftigt als die von der Bundesregierung willkürlich festgelegten 18 Monate.

Dies gilt vor allem für Spezialisten wie Ingenieure, die für Projekte oder Produktentwicklungen eingesetzt werden. Auch eine Elternzeitvertretung dauert mitunter länger als 18 Monate. Und ein mögliches Recht auf befristete Teilzeit dürfte die Nachfrage nach längeren Zeitarbeitseinsätzen ebenfalls erhöhen.

Die Pläne der Bundesregierung verpassen der Zeitarbeitsbranche also eine gesetzlich verordnete Schrumpfkur. Nötig wäre stattdessen das Gegenteil, insbesondere die Möglichkeit, mehr Fachkräfte als Zeitarbeiter einzusetzen und so die Branche qualitativ weiterzuentwickeln. Werden die Regulierungen wie geplant umgesetzt, widerspricht das zudem den Vorgaben der EU. Denn in der Brüsseler Logik ist die Zeitarbeit ein ganz normaler Bestandteil des Arbeitsmarktes.

Und schließlich hätten die neuen Regeln auch negative Rückwirkungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Denn erstens führt Zeitarbeit zu höherer Wettbewerbsfähigkeit jener Unternehmen, die diese Beschäftigungsform nutzen; zweitens verbessert sie den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; und drittens ist sie für Menschen, die schon seit Jahren arbeitslos sind oder andere Benachteiligungen haben, oft der einzige Weg in einen Job.

Zeitarbeit geht mit der Konjunktur



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW-Medien - Iwd 13

aus IW-Trends 1/2015

Holger Schäfer: Die Zukunft der Zeitarbeit zwischen Re-Regulierung und qualitativer Weiterentwicklung

iwkoeln.de/zeitarbeit